

## Gastkolumne

## Zeit für eine Debatte über politische Integration

Die Einwanderung geht weiter. Gut, hat die Schweiz seit langem ein Mittel, um fremde Sprachen und Kulturen zu integrieren



Caspar Hirschi

Bis zum letzten Wochenende glich die Schweizer Politik einer Schallplatte mit Kratzer, die in Endlosschleife die immer gleiche Einwanderungsdebatte abspielte. Für den Kratzer sorgte die SVP, indem sie das Immigrationsthema mit einer Initiative nach der anderen bewirtschaftete. Immerhin erhielt die Stimmbewölkerung so Gelegenheit, sich häufiger zur Personenfreizügigkeit zu bekennen als alle EU-Mitgliedstaaten zusammen. Das will etwas heissen, denn kaum ein anderes Land hat sich durch die offenen Grenzen so stark verändert wie die Schweiz. Der Anteil ihrer Bevölkerung, der im Ausland geboren ist, gehört zu den weltweit höchsten, verteilt auf die gesamte Wirtschaft, vom Krankenpfleger bis zur Konzernleiterin.

Nun aber hat die Plattennadel einen Hüpf gemacht. Mit der Abfuhr für die Begrenzungsinitiative ist der Moment gekommen, wo endlich eine neue Debatte beginnen kann, die der Realität der Schweiz gerecht wird. Kurzfristig wird sie noch vom Seilziehen um das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU geprägt sein, doch schon hier dürfte es den Streitparteien schwerfallen, mit wohlfeilen Schwarz-Weiss-Parolen zu punkten – dafür ist das Dilemma zwischen europäischer Marktanbindung und nationalem Souveränitätsverlust zu offen-

sichtlich. Wie auch immer das Seilziehen ausgeht, das Resultat wird nichts daran ändern, dass die Schweiz ein Einwanderungsland bleibt. Zu global ist unsere Wirtschaft, zu gross unser Forschungsplatz, zu klein unser Reservoir an Fachkräften und Knochenarbeitern. Die Immigration ist in der Debatte, die wir zu führen haben, als Konstante anzunehmen.

Umso mehr müssen wir über Integration reden. Langfristig entscheidet sie darüber, ob ein Einwanderungsland den sozialen Zusammenhalt, den es für eine gedeihliche Zukunft braucht, fortlaufend erneuern kann. Einfach wird diese Diskussion nicht. Erstens hat Integration mehrere Dimensionen. Sie kann in einem Lebensbereich gelingen, im andern scheitern und im dritten gar nicht stattfinden. Es gibt Immigrantinnen, die an der Arbeit perfekt eingebunden, aber gesellschaftlich isoliert und politisch ausgeschlossen sind. Zweitens kann die Integration der einen mit dem Ausschluss von anderen einhergehen und damit zusätzliche Spannungen erzeugen; wäre dem nicht so, könnten wir uns Massnahmen wie den Inländervorrang und die Überbrückungsrente ersparen. Drittens ist Integration keine Einbahnstrasse, auf der sich Angekommene den Alteingesessenen annähern, sondern ein Prozess, in dem sich alle, wenn auch nicht von gleich weit her, aufeinander zubewegen. Bestes Beispiel dafür sind die zahlreichen Mischehen in der Schweiz, die beiden Partnern ein Hineinwachsen in eine unvertraute Familienkultur abverlangen.

Der Basler Migrationsforscher Ganga Jey Aratnam hat also recht, wenn er von Einwanderern wie Einheimischen eine Integrationsleistung erwartet. Die entscheidende Frage ist, wo sie am einfachsten stattfinden



Was einen Appenzeller mit einer Genferin verbindet, ist die gemeinsame Teilhabe an einem politischen Streit.

kann. Die Schweiz hat einen besonderen Hebel, mit dem sie seit 150 Jahren die Bewohner ihrer Landesteile mit ihren verschiedenen Sprachen und Kulturen integriert. Es ist die direkte Demokratie. Ihr ist es zu verdanken, dass wir eine nationale Konversation auf beständiger Basis führen. Was einen Appenzeller mit einer Genferin verbindet, ist die gemeinsame Teilhabe an einem politischen Streit, der dank regelmässigen Volksabstimmungen, so kontrovers sie auch sein mögen, integrative Kraft entfaltet. Es spricht nichts dagegen, dass die gleiche Kraft auch Eingewanderte erfasst, wenn ihnen die politische Integration in die Schweiz erleichtert wird.

Der wichtigste Ort, um die politische Integration zu fördern, ist nicht die Amtsstube, in der Schweizer Pässe ausgestellt werden, sondern das Schulzimmer. Politische Bildung muss zu einer Kernaufgabe der obligatorischen Schule werden. Wenn es gelingt, bei jungen Menschen Verständnis und Feuer für die direkte Demokratie zu wecken, indem wir allen eine umfassende Kenntnis von deren Funktionsweise vermitteln, schlagen wir drei Fliegen auf einen Streich: Wir integrieren junge Menschen unabhängig von ihrem Pass ins politische Leben, wir können Ausländerkindern nach erfolgreichem Schulabschluss die Einbürgerung ohne zusätzliche Test-Schikanen anbieten, und vor allem sorgen wir dafür, dass die direkte Demokratie ihrer wahren Aufgabe auch in einer Einwanderungsgesellschaft gerecht wird: Was alle angeht, soll auch von möglichst allen mitbestimmt werden können.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.



## Medienkritik

## Brüssels Stimme im «Tagi»



Felix E. Müller

Wie immer, wenn sich die Lage zwischen Bern und Brüssel zuspitzt, ist Stephan Israel sofort zur Stelle. Als alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann vor kurzem deutliche Kritik am vorliegenden Entwurf eines Rahmenabkommens vorbrachte, trat der EU-Korrespondent des «Tages-Anzeigers» in Aktion und meldete postwendend, in Brüssel sorgten diese Aussagen «für Empörung». So gehe es nicht, kolportierte er ungenannte EU-Diplomaten, die gleichzeitig die Schweiz aufforderten, das Abkommen «so rasch wie möglich» zu unterzeichnen. Den Tarif durchgeben, nennt man das im Politjargon.

In dieser Rolle betätigt sich Israel seit vielen Jahren. Er verfügt in Brüssel beruflich wie privat über ausgezeichnete Kontakte. Weil er der EU gegenüber positiv eingestellt ist, geniesst er das Vertrauen von Funktionären der Kommission. Sie wenden sich gerne an ihn, wenn sie es angezeigt finden, eine Botschaft in der Schweiz zu platzieren. Da es sich dabei meist um anonyme Stimmen handelt, können sie von einer Direktheit sein, wie sie sich der offizielle EU-Botschafter in Bern nicht erlauben dürfte. So werden über den «Tages-Anzeiger» Vorschläge lanciert, Drohungen ausgesprochen, Kritik geübt oder aus Sicht der EU unwillkommene Entwicklungen bekämpft. Die rasche Reaktion auf Schneider-Ammanns Verriss des Rahmenabkommens zeigte diesen Mechanismus wieder einmal sehr schön.

Für die EU-Kommission ist dieser Kanal Gold wert, weil er es ihr ermöglicht, sich ganz direkt und gezielt in die Schweizer EU-Debatte einzuschalten. Über vergleichbare Möglichkeiten verfügt Bern nicht, was verhandlungstaktisch sicher einen Nachteil darstellt. Brüssel wird das in nächster Zeit gut zu nutzen wissen, da die Debatte um das Rahmenabkommen nun rasch an Intensität gewinnt.

Felix E. Müller ist Senior Advisor des SEF und daneben publizistisch tätig.

## 51 Prozent

## Donald Trump, der Leibhaftige



Nicole Althaus

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Donald Trump seiner Gemeinde am Freitag per Twitter verkünden musste, das Coronavirus habe auch ihn, den ganz Grossen (1,90 Meter) unter den US-Präsidenten zwar nicht in die Knie, aber doch in die Isolation gezwungen. Und das nur wenige Tage nachdem er im ersten Fernsehduell seinem Herausforderer Joe Biden und der ganzen Welt beweisen wollte, was für ein unangreifbares Schwergewicht (110 Kilogramm) er ist. Innerhalb einer Woche ist Trump leibhaftig implodiert: vom rücksichtslosen Raufbold zum bedürftigen Bettlägerigen.

Es ist kein Zufall, dass «Bulldozer» eine der häufigsten Metaphern für seinen Auftritt

war. In den Medienberichten ging es nicht um die Argumente der Debatte, sondern um die Stufen der Aggression. Und stets ging es auch um körperliche Dominanz. Von der «schieren Brutalität», mit der der amtierende Präsident Biden «überfahren» habe, war die Rede, von seinem raumfüllenden Stimmvolumen, der abschätzigen Gestik und den Unflätigkeiten, die sich die beiden Männer gegenseitig an den Kopf geworfen haben.

Tatsächlich hat das Wortgefecht vom Dienstag den Namen Debatte nicht verdient. Das Duell war ein erschütterndes Beispiel für den Zustand der amerikanischen Politik. Aber es war noch mehr: Die Debatte war auch ein Exempel für eine Konfrontation, die in Amerika so nur zwischen zwei weissen Männern stattfinden konnte.

Natürlich ist Trump auch im Wahlkampf gegen Hillary Clinton aufgetreten, als stehe er nicht vor Kameras, sondern wolle in einer Spelunke einen Streit vom Zaun brechen. Natürlich hat er auch sie unterbrochen. Aber vor vier Jahren hat er sich nicht über sämtliche Regeln hinweggesetzt, weil weder er noch seine Berater das für nötig gehalten hatten. Sie wussten: Frauen haben vorab im

Rampenlicht nicht denselben Spielraum. Sie können nicht ungestraft aggressiv, wütend oder ausfällig werden. Einer Frau muss Mann nicht auf Augenhöhe begegnen. Oder plakativer ausgedrückt: Nur Schwächlinge prügeln sich ernsthaft mit Frauen.

Tatsächlich hätte es sich weder Clinton noch eine andere Kandidatin leisten können, was sich Biden geleistet hat: Trump einen «Clown» zu schimpfen, ihm zu befehlen, er solle «gefälligst mal die Klappe halten». Weil jede Frau, die in einer Debatte die Beherrschung verliert, nicht nur ihre Weiblichkeit, sondern zugleich das Amt aufs Spiel setzt.

Mit Biden als Gegner konnte Trump nun seiner Anhängerschaft und der Welt vorführen, wie männliche Dominanz geht: Man spreche laut und lauter und am lautesten, unterbreche gnadenlos, egal ob man etwas zu sagen habe, setze sich über Regeln des Anstandes hinweg, setze den Gegner herab und inszeniere sich permanent als Top Dog. Auch gegenüber dem Moderator.

Chris Wallace, der Kommentator des konservativen Senders Fox News, sagte nach der Debatte, er sei zwar ein Profi, habe aber so etwas in all den Jahren seiner Karriere noch



Die meisten Frauen kennen das Gefühl, den Gesten der Dominanz in Sitzungen nichts entgegenzusetzen zu können oder zu wollen.

nie erlebt. Auf die Frage, was er gefühlt habe, antwortete er: «Verzweiflung.»

Frauen kennen das. Sehr alt müssen sie nicht werden, um dem Gefühl der Ohnmacht zu begegnen, sich trotz Kompetenz nicht richtig einbringen zu können. Weil sie überhört werden, ihre Rolle nicht akzeptiert oder kleingeredet wird. Frauen kennen das Gefühl, den Gesten der Dominanz in Sitzungen nichts entgegenzusetzen zu können oder zu wollen. Selbst wenn diese nicht trumpsches Ausmass haben. Weil ihre Erscheinung zierlicher, ihre Stimme leiser, ihre Vorstellung von Durchsetzungsfähigkeit eine andere ist.

Tröstlich ist immerhin, dass auch das Publikum unangenehm berührt war. Fast 70 Prozent der Zuschauerinnen und Zuschauer in den USA haben sich laut einer Umfrage über die Debatte geärgert. Und so hat dieses Duell wenigstens eine Funktion: Es ist Anschauungsunterricht für all jene, die noch immer nicht verstanden haben, warum Diversity zu mehr Kultur und Leistung in Organisationen führt.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».